

Volkswagen steht in Brasilien wegen Sklaverei auf seiner Farm im Amazonasgebiet am Pranger

Volkswagen muss sich nach 50 Jahren wegen mutmasslicher schwerer Menschenrechtsverletzungen auf seiner Rinderfarm im Amazonasgebiet rechtfertigen. Während der Autohersteller in Deutschland Entschädigungen an Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit zahlte, weigert er sich in Brasilien bis jetzt, Verantwortung zu übernehmen.

NZZ, Alexander Busch, Salvador 03.06.2022

Link: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/brasilien-volkswagen-steht-am-pranger-wegen-sklaverei-ld.1686975>

Das Feuer, welches im Dezember 1975 von Satelliten der Nasa über Brasilien registriert wurde, war einer der grössten je registrierten Brände weltweit. Die amerikanische Weltraumbehörde wies ihre Kollegen in Brasilien warnend darauf hin, dass sich in Südamerika seit Wochen eine gewaltige Rauchwolke in der Atmosphäre ausbreitete.

Für die ökologische Katastrophe war damals ein deutsches Unternehmen zuständig: Volkswagen do Brasil. Dadurch wurde der Öffentlichkeit erstmals bekannt, dass der Autobauer in Brasilien eine gigantische Rinderfarm im Regenwald betrieb – und statt nur mit VW-Käfern und -Bussen auch als Fleischproduzent und Exporteur Gewinne in Südamerika machen wollte. Die Empörung über dem abgefackelten Amazonasgebiet vereinte erstmals Wissenschaftler weltweit im Protest. Volkswagen erlitt einen schweren Imageschaden.

Nicht nur Umweltsünden – auch Menschenrechtsverletzungen

Doch heute zeigt sich, dass Volkswagen vor 50 Jahren im Amazonasgebiet nicht nur Umweltsünden begangen hat, sondern auch für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden könnte. Der Konzern steht deswegen im Visier der brasilianischen Staatsanwaltschaft.

Konkret geht es um arbeitsrechtliche Verstösse, die in Brasilien als moderne Sklaverei eingestuft werden, und um Menschenhandel. Die Staatsanwaltschaft hat den Konzern am 14. Juni nach Brasilia einbestellt. Dort will sie bei einer aussergerichtlichen Verhandlung prüfen, ob eine Einigung zwischen Opfern im Amazonasgebiet und dem Konzern möglich ist. Darüber hatte erstmals diese Woche die «Süddeutsche Zeitung» gemeinsam mit NDR und SWR berichtet. Auf Anfrage möchte sich Volkswagen zu den Vorwürfen nicht äussern.

Beweise und Zeugenaussagen hat die brasilianische Staatsanwaltschaft für Arbeitsrecht in den vergangenen drei Jahren zusammengetragen. Ausschlaggebend dafür war wiederum ein Dossier, welches der Anthropologie-Professor Ricardo Rezende Figueira seit über 40 Jahren gesammelt hat. Rezende arbeitet an der Föderalen Universität von Rio de Janeiro und ist einer der führenden Experten für Sklaverei und Menschenrechtspolitik Brasiliens. Durch die Jalousien seines Büros ist der Zuckerhut zu sehen. Er zeigt im Gespräch auf vier Aktenordner mit über 600 Seiten Material.

Der Absolvent eines Studiums in Philosophie und Anthropologie war ab Mitte der 1970er Jahre in der Nähe der Volkswagen-Farm als Priester tätig. Insgesamt war er 20 Jahre für die Comissão Pastoral da Terra, den links-progressiven Flügel der katholischen Kirche, im Amazonasgebiet unterwegs. Damals in Conceição do

Araguaia hörte er erstmals von den unmenschlichen Bedingungen auf der Volkswagen-Farm. «Ich war überrascht, dass nicht einer der traditionellen Coroneis, also Grossgrundbesitzer, so brutal vorging, sondern ein Weltkonzern aus Deutschland.» Erstmals erfuhr er von drei Arbeitern, denen es gelungen war, die Farm zu verlassen und bei ihm als Priester Schutz zu suchen, konkret von den Vorgängen auf der Cristalino-Farm.

Private Sicherheitsdienste führten ein brutales Regime

Nach ihren Schilderungen setzte der Konzern Leiharbeiter auf der Farm ein, die wie Sklaven gehalten wurden. Die geschätzt zwischen 600 und 1200 Arbeiter mussten ihre Unterkunft in Behelfszelten, die Verpflegung sowie den Transport selbst bezahlen. Damit waren sie von Beginn an hoch verschuldet und durften die Farm nie verlassen. Private Sicherheitsdienste hinderten sie daran. Unter ihrem brutalen Regime wurde gestraft, eingekerkert und geschossen. Kranke wurden nicht behandelt. Malaria grassierte.

Rezende liess die Zeugenaussagen notariell beglaubigen, sammelte weitere Beweise. Später besuchte er mit Parlamentariern aus São Paulo die Farm und konnte die unmenschlichen Bedingungen teilweise bestätigen. Für die Festangestellten sei es wie eine perfekte Vorzeigestadt gewesen mit Schwimmbad, Erste-Hilfe-Station, Fussballfeld. Die primitiven Unterkünfte der Arbeiter waren weit von der Amazonas-Idylle entfernt. Doch auch als Journalisten darüber berichteten, geschah nichts.

Es sei frustrierend gewesen, dass es ihm niemals gelungen sei, Volkswagen wegen der Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen, sagt der rege Rezende. Doch die Medien, die Justiz, die Polizei, die Regierungen, die Anwaltskammer, ja selbst die Gewerkschaften in São Paulo hätten sich nicht für die Vorgänge im Amazonasgebiet interessiert. «Wir von der Kirche waren die Einzigen, die das anprangerten.»

Rezende hat mitbekommen, wie Verantwortliche im VW-Konzern mit den Vorwürfen umgegangen sind, auch Farmchef Brügger. Ihre Ausflüchte seien zahlreich gewesen: Damals hätten eben alle Unternehmen so gehandelt, die Unternehmensführung habe nichts davon gewusst, und die Verantwortung habe bei den Menschen gelegen, die Arbeitskräfte vermittelt hätten. Doch das, sagt Rezende, sei keine Rechtfertigung für begangenes Unrecht.

Auch als Volkswagen in Deutschland seine unselige NS-Geschichte aufwendig untersuchen liess und schliesslich 4,4 Milliarden Euro an fast 1,7 Millionen ehemalige NS-Zwangsarbeiter zahlte, habe der Konzern in Brasilien keine ähnliche Reue gezeigt, sagt Rezende: «Dabei hätten sie hier in Brasilien gar keinen Historiker engagieren müssen – wir hatten die Beweise alle dokumentiert.»

Sie zeigen in Details, wie Volkswagen unter der damaligen Militärdiktatur in Brasilien immer mehr zum Mittäter bei Menschenrechtsverletzungen wurde – und nicht nur bei Umweltschäden.

Steueranreize lockten die Konzerne ins Amazonasgebiet

Die damals regierenden Militärs wollten wiederum das unberührte Amazonasgebiet besiedeln, um ihn besser kontrollieren zu können. Sie fürchteten, dass sich dort von Moskau und Kuba unterstützte Guerillagruppen sammeln könnten. Mehrere ausländische Konzerne nutzten diese Chance: Der damalige Computerhersteller Nixdorf aus Deutschland investierte ebenfalls in eine Amazonas-Farm. Der US-

Milliardär Daniel Keith Ludwig baute eine Zellulose-Produktion auf. Volkswagen war jedoch der einzige Autobauer, der sich auf das Abenteuer einliess.

Das lag auch daran, dass Rudolf Leiding, der Volkswagen-Chef in Wolfsburg, zuvor drei Jahre die brasilianische Filiale von Volkswagen geführt hatte. Er hatte – wie damals üblich – beste Beziehungen in die höchsten Kreise der Diktatur. Leiding persönlich erteilte die Anweisung, 140 000 Hektaren Regenwald zu kaufen – bevor er Aufsichtsrat und Vorstand informierte. Als Leiter der Farm setzte er den Schweizer Agrarexperten Friedrich Georg Brügger ein, der, wie er sich gegenüber Rezende brüstete, bereits für die Diktatoren Fidel Castro in Kuba und Alfredo Stroessner in Paraguay Rinderzuchtprojekte in den Tropen hochgezogen habe. VW-Chef Leiding rechtfertigte die Entscheidung nachträglich vor dem Vorstand mit den Worten: «Die Welt braucht nicht nur Autos, sondern auch Rindfleisch.»

Die Rinderfarm im Amazonasgebiet floppte schnell

Doch das Unternehmen Companhia Vale do Rio Cristalino floppte: Erst wurden die brasilianischen Militärs misstrauisch, weil ein ausländischer Konzern gewaltige Flächen kontrollierte. Sie trauten eher nationalen Unternehmen im Regenwald. In der Junta hatten inzwischen nationalistisch denkende Militärs das Ruder übernommen.

Zudem wurden Politiker, Farmer und andere Unternehmer neidisch wegen der hohen steuerlichen Zugeständnisse an Volkswagen. Auch die Rinder gediehen auf den Weiden nicht so wie erhofft oder wurden gestohlen. Nach zwölf Jahren war Volkswagen 1986 froh, die Farm loszuwerden. Der wirtschaftliche Schaden hielt sich in Grenzen: Die Böden waren günstig gewesen. Die Investitionen konnte VW do Brasil von der Steuer absetzen.

Es sah alles danach aus, als würde die Welt das unglückselige Amazonas-Projekt von Volkswagen und die mutmasslich begangenen Verbrechen irgendwann einfach vergessen.

Doch als Volkswagen in Brasilien vor fünf Jahren begann, Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur in São Paulo untersuchen zu lassen, witterte Rezende eine Chance, den Konzern doch noch zu belangen. Der VW-Werksschutz hatte schliesslich nachweislich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter den Sicherheitstruppen der Militärdiktatur übergeben, obwohl er wusste, dass diese gefoltert würden.

2020 zahlte Volkswagen ehemaligen Mitarbeitern, Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften eine Entschädigung: 36 Millionen Reais (etwa 6 Millionen Dollar). Volkswagen war damit die erste Firma, die in Brasilien historische Verantwortung für die Kollaboration mit der Diktatur übernahm. Die Vorgänge auf der Fazenda Cristalino wurden im Abschlussbericht in einem eigenen Kapitel erwähnt. Doch Entschädigungen für die Arbeiter im Amazonasgebiet gab es nie.

Das könnte sich jetzt ändern. Und das liegt auch an Staatsanwältin Christiane Vieira Nogueira. Sie ist Co-Leiterin der sechsköpfigen Arbeitsgruppe «Rio Cristalino» innerhalb der Staatsanwaltschaft für Arbeitsrecht. Die Ermittler haben in den vergangenen drei Jahren rund 20 ehemalige Arbeiter in ganz Brasilien aufgesucht und Beweise für die Menschenrechtsverletzungen von VW gesammelt. 2000 Seiten haben sie zusammengetragen.

«Die Arbeiter wurden wie Tiere behandelt»

Nogueira hat – wie die Staatsanwaltschaft insgesamt – schon zahlreichen Konzernen in Brasilien sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen in der Lieferkette nachgewiesen.

Dazu gehören auch internationale Modekonzerne wie Zara aus Spanien oder der Lebensmittelkonzern Danone aus Frankreich. Doch bei Volkswagen seien die Bedingungen damals besonders schockierend gewesen. «Die Arbeiter wurden wie Tiere behandelt», sagt sie im Gespräch. Dass erstmals solche Vorgänge bei einem Autokonzern nachgewiesen werden könnten, sei ziemlich einzigartig.